

Klaus Bechtel
Bürgermeister

Haushaltsrede 2002

Haushaltssicherungskonzept 2001

Die Stadt Herten hat im Jahr 2001 - trotz bereits gewaltiger Anstrengungen und drastischer Sparmaßnahmen in den vergangenen Jahren - ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorlegen können.

Damit war die Grundlage geschaffen für eine mittelfristige Stabilisierung der Finanzen in unserer Stadt. Ab dem Jahr 2007 hätte Herten danach wieder eine „normale“ Haushaltswirtschaft (ohne HSK) betreiben können.

Das genehmigungsfähige Haushaltssicherungskonzept war nur möglich, weil wir im Jahr 2001 in einem erneuten Kraftakt weitere Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt ca.3 Mio DM (durchlaufend) und zusätzlich einmalig 6,9 Mio DM umgesetzt haben.

Dieses Maßnahmenkonzept ist nicht nur beschlossen, sondern bis auf wenige Ausnahmen (Grundstücksveräußerungen) im Jahr 2001 umgesetzt worden.

Rückblick auf 10 Jahre Haushaltskonsolidierung

Die Stadt Herten hatte bis zum Jahr 1991 relativ stabile Finanzen. Ab dem Jahr 1992 haben sich dann wesentliche Rahmenbedingungen nachhaltig verändert.

Dies waren insbesondere

- deutlicher Rückgang der Gewerbesteuer
- Einführung des Solidarbeitrages für den Aufbau Ost
- Erhöhung der Soziallasten durch Veränderung der wirtschaftlichen Lage in der Emscherzone und speziell in der Bergbaustadt Herten
- Gesetzesänderungen des Bundes und des Landes zu Lasten der Gemeinde.

Seit 1992 hat die Stadt Herten deshalb konsequente Haushaltssicherung betrieben. Dies wird zum Beispiel besonders daran deutlich, dass seit 1992 - ungeachtet des geltenden Stellenplanes - grundsätzlich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen wurden und damit erhebliche Personalkosten eingespart wurden.

Seit 1995 ist die Stadt Herten formal Haushaltssicherungsgemeinde. Seit dieser Zeit mussten Jahr für Jahr erneute Konsolidierungsanstrengungen in Millionenhöhe unternommen werden.

In den 7 Jahren von 1995 – 2001 waren das:

- 24 Mio DM aufsummierte einmalige Maßnahmen (im wesentlichen Vermögensveräußerungen)
- 140 Mio DM aufsummierte durchlaufende Koso – Leistungen

Daraus ergab sich für das Jahr 2001 gegenüber dem Haushaltsjahr 1995 eine durch Konsolidierungsmaßnahmen erreichte strukturelle Verbesserung von jährlich ca. 30 Mio DM (ca. 27 Mio jährlich laufend, ca. 3 Mio jährlich durchschnittliche Verbesserung durch Vermögensveräußerung).

Anders ausgedrückt: Hätten wir nicht über all die Jahre einen konsequenten, wie in kaum einer anderen Kommune umgesetzten Konsolidierungskurs gefahren, wäre heute das jährliche Defizit der Stadt Herten um 30 Mio DM oder ca. 15 Mio Euro größer.

Die jetzige Haushaltssituation

Ungeachtet dieses, seit Jahren betriebenen klaren Konsolidierungskurses, ergibt sich mit dem Jahr 2002 wieder eine neue, so nicht erwartete dramatische Verschlechterung der Finanzsituation, die in der Summe einen Konsolidierungsbedarf von mindestens 21,6 Mio € ergibt.

Dabei handelt es sich um Fehlbeträge aus Vorjahren, die wir nach dem Haushaltssicherungskonzept 2001 eigentlich mit Beginn dieses Jahres im Rahmen der getroffenen Entscheidungen ausgleichen wollten.

Diese Annahmen des letzten Jahres waren allerdings – wieder mal – ein Trugschluss, weil sich für das Jahr 2002 insbesondere folgende neue Verschlechterungen ergeben haben:

- erheblicher Rückgang der Schlüsselzuweisungen, insbesondere als Konsequenz aus der Steuerreform
- weitere Verschlechterung der Gewerbesteuer
- weitere nicht abweisbare Ausgabenbedarfe, insbesondere im Sozialbereich und durch tarifliche bzw. gesetzliche Anpassung bei den Personal- und Sachkosten.

Allein der Rückgang der Schlüsselzuweisungen im Zeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes bis 2006 macht für uns die Summe von über 15 Mio Euro aus.

Dabei sähe das Ergebnis noch weitaus schlechter aus, wenn wir nicht – wie im übrigen alle Städte in unserer Region – eine von Optimismus geprägte Finanzplanung für die vor uns liegenden Jahre vornehmen würden.

Dabei gilt das „Prinzip Hoffnung“!

Verhielten wir uns anders, müssten wir zusätzlich zu den Altfehlbeträgen auch noch für die kommenden Jahre einen defizitären Haushalt vorschlagen und uns damit zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen abverlangen, die – das lassen Sie mich gleich festhalten – aus meiner Sicht gar nicht leistbar wären.

So aber können wir Ihnen zumindest für die Jahre 2002 – 2006 insgesamt einen originär ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Dennoch, unser Entwurf ist erst dann genehmigungsfähig, wenn wir für die Fehlbeträge aus Vorjahren in Höhe von 21,6 Mio Euro entsprechende einmalige oder in Zukunft laufende Konsolidierungsmaßnahmen vorschlagen können.

Müssten wir allein auf laufende Konsolidierungsmaßnahmen des neuen Verwaltungshaushaltes zurückgreifen, kämen wir – weil ja das meiste ohnehin erst in 2003 wirksam werden könnte – auf ein Konsolidierungsvolumen von 5 Mio Euro jährlich.

Angesichts einer solchen Größenordnung ist das Ziel, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept bei den gegebenen Rahmenbedingungen kurzfristig zu erreichen, praktisch nicht möglich.

Es sei denn, dass man die Lebensqualität in unserer Stadt völlig herunterfährt.

Hierzu nur ein Beispiel: der gesamte Zuschussbedarf für den Kultur- und Bildungshaushalt der Stadt Herten betrug im Jahr 2001 umgerechnet rund 3,9 Mio Euro. Darin ist der Sport eingeschlossen.

Würde man also jegliches kulturelle, bildungspolitische und den Sport unterstützende Handeln in Herten aufgeben, selbst dann wäre ein Ausgleich nicht erreichbar.

Würde man zusätzlich aus dem sensiblen Bereich Schule und Jugend, eine Reduzierung z. B. bei der Tagesbetreuung von Kindern vornehmen und diese Angebote in Herten nicht mehr vorhalten, selbst dann wäre der Ausgleich nicht erreicht.

Handlungsmöglichkeiten

Ich erwarte nicht, dass in absehbarer Zeit Hilfe „von oben“ kommt, schon gar nicht „zusätzliches Geld“! Eine Gemeindefinanzreform wird seit langem gefordert und diskutiert. Entscheidungen, die Herten helfen könnten, erwarte ich innerhalb der nächsten 3 Jahre nicht.

Insbesondere im Wahljahr 2002 dürfte klar sein, dass sich nichts bewegt.

Dennoch dürfen wir nicht resignieren.

Die Stadt Herten, die wie kaum eine andere ihre Zukunft davon abhängig machen muss, dass der Strukturwandel gelingt, ist darauf angewiesen, finanziell handlungsfähig zu sein.

Die Lebensqualität muss dabei für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.

Gleichzeitig müssen strukturpolitisch wichtige Maßnahmen, insbesondere in den wesentlichen Bereichen Wirtschaft und Arbeit sowie Schule und Bildung auf den Weg gebracht werden können.

Und auch die kommunalen sozialen Sicherungssysteme müssen zum einen in ihrem Kerngehalt erhalten bleiben.

Zum anderen müssen wir uns auf die absehbaren Entwicklungen speziell im Pflegebereich vorbereiten.

Erörterungen mit Aufsichtsbehörde und Innenminister

Mit den bisherigen engen Rahmenregelungen für Haushaltssicherung und Übergangswirtschaft kommen wir nicht weiter.

Deshalb, und gerade, weil es auch vielen anderen Städten in unserem Lande ähnlich geht, hatten wir in diesem Jahr die Hoffnung, dass sowohl die Landesregierung als auch die Aufsichtsbehörden die bisherigen starren Regelungen aufweichen und mit Flexibilität und Kreativität reagieren.

In einem gemeinsamen Gespräch mit der zuständigen Abteilungsleiterin der Kommunalaufsicht des Regierungspräsidenten, Frau Fischer-Weinsziehr, und dem Kreis als unserer direkten Aufsichtsbehörde mit Herrn Kreisdirektor Scholze, habe ich mit meinen Kollegen aus dem Verwaltungsvorstand am 14.01.2002 versucht, die nötigen Spielräume auszuloten, um einerseits langfristig den Haushalt zu konsolidieren, andererseits die notwendigen Zukunftsprojekte umsetzen zu können.

Ich will es kurz machen, beide Behörden vertreten altbekannte Auffassungen.

Und das heißt insbesondere: Eine Verlängerung des Zeitrahmens für das Haushaltssicherungskonzept ist nicht möglich.

Ich habe trotz dieser eher entmutigenden Aussagen der Aufsichtsbehörden auch noch den direkten Weg zu unserem Innenminister Dr. Fritz Behrens gesucht und hatte in der letzten Woche Gelegenheit, ihm die besondere Hertener Haushaltssituation darzulegen.

Es wird Sie nicht überraschen meine Damen und Herren, dass auch von dort aktuell keine konkrete Hilfestellung zu erwarten ist.

Der Minister gab aber zu erkennen, dass er im Falle Hertens dafür eintritt, aufsichtsbehördlich (durch Kreis und Bezirksregierung) flexibel zu reagieren.

Und er sagte zu, sein Ministerium werde Standards kurzfristig auf den Prüfstand stellen, um die Kommunen zu entlasten.

Und es werde Spielräume geben, dass auch in Zeiten der Übergangswirtschaft Zukunftsinvestitionen möglich sind.

Das gilt auch für die sog. VEW-Millionen des Kreises.

Dennoch, das macht den Bürgermeister einer Stadt wie Herten vor allem deshalb nicht zufrieden, weil ja nicht zuletzt durch finanzpolitisch wirksame Landesgesetze und Landesregelungen die Kommunen erst zu einem wesentlichen Teil in die Krise getrieben worden sind, in der sie sich heute wieder finden.

Ich will nochmals betonen, es geht nicht darum, dass wir mehr Geld fordern wollen. Da hat das Land Nordrhein-Westfalen sicherlich ähnliche Sorgen wie wir. Aber es muss möglich sein, dass uns die Chance eingeräumt wird, durch mehr Flexibilität unsere finanziellen Probleme vor Ort regeln zu können.

Es bringt Herten und unsere Region nicht weiter, wenn jetzt wieder viele Arbeitsgruppen und Kommissionen gegründet werden, um eine Gemeindefinanzreform in die Wege zu leiten.

Da gibt es viele schöne und auch richtige Forderungen. Die sind seit langem bekannt und die finden sich auch in dem gemeinsamen Papier des Landrates und der Bürgermeister des Kreises Recklinghausen.

Wir brauchen jetzt - zu Beginn des Jahres 2002 -, geänderte Rahmenbedingungen und Hilfestellungen und nicht erst dann, wenn in einigen Jahren Bund und Land die Gemeindefinanzen geändert haben.

Wenn wir hier im nördlichen Ruhrgebiet nicht im Finanzchaos versinken wollen, muss jetzt gehandelt werden!

Ich habe dem Innenminister deshalb folgende konkrete Forderungen genannt:

1. sofortiger Stopp von Leistungsgesetzen, die für die Kommunen Mehrbelastungen bedeuten (das kostet das Land keinen Pfennig, vermeidet aber weitere Probleme bei uns),
2. mittelfristige Standardsenkung innerhalb eines 3-Jahresprogramms, d. h. Änderung bereits bestehender die Kommunen belastender Leistungsgesetze (das kostet das Land ebenfalls keinen Pfennig und hilft, unseren Haushalt zu konsolidieren),
3. Verlängerung des Zeitrahmens für ein Haushaltssicherungskonzept und
4. flexiblere Regelungen für die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung/Übergangswirtschaft.

Belastende Landesgesetze

Ich möchte einmal an einer Auswahl solcher uns belastender Leistungsgesetze deutlich machen, wovon ich rede:

Bereich Soziales

- Grundsicherungsgesetz (Inkrafttreten 01.01.03)
Mehrkosten (über die Kreisumlage) 1 Mio €/Jahr
- Übertragung der Hilfe zur Pflege in Heimen vom Landschaftsverband auf den Kreis
Mehrkosten (über die Kreisumlage) 2,5 Mio €/Jahr
- Eingliederungshilfe für Behinderte
Mehrkosten (über die Kreisumlage) ab 2005 in Millionen-Höhe

Bereich Jugend

- Umsetzung des Haager Adoptionsabkommens
* 2 volle Stellen verpflichtend für Beratungsstellen der Kommunen (bisher in Herten ½ Stelle)
Mehrkosten 100.000 €/Jahr
- Erhöhung des Eigenanteils für Vorausleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz
Beteiligung der Stadt

1998	= ohne Beteiligung
1999	= 25 %
2000/	
2001	= 33 1/3 %
2002	= 53 1/3 %
- Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3 und über 6jährige Kinder (§ 9 GTK)
Mehrkosten: noch offen

Bereich Sicherheit und Ordnung/Feuerschutz/ Bauaufsicht

- Feuerwehr
* *Mehrkosten durch Einrichtung einer Kreisleitstelle (sechsstelliger Betrag)*
* *Personalaufstockung*

1992	= 34 Feuerwehrmänner
2000	= 53 Feuerwehrmänner

zusätzliche Forderungen nach weiteren 10 Feuerwehrleuten stehen im Raum

Und wenn solcher Praxis jetzt nicht endlich ein Riegel vorgeschoben wird und wenn nicht endlich außer hohlen Worten hier Taten folgen, dann wird das in den kommenden Monaten und Jahren noch dramatischer über uns hereinbrechen als es ohnehin schon ist.

Was nutzt es, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Sozialbereiches außergewöhnliche Anstrengungen unternehmen, um Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen und damit auch die Sozialkosten nach unten drücken?

Was nutzt es, wenn sie auch für das Jahr 2001 wieder voller Stolz berichten können, die Sozialhilfekosten nochmals um 600.000 DM gesenkt zu haben,

wenn – nachdem bereits genügend Horrormeldungen auf dem Tisch liegen – der Kämmerer vor einer Woche so nebenbei berichten muss, dass die Schlüsselzuweisungen noch einmal um mehr als

471.000 Euro pro Jahr gesenkt werden.

Wem im Rathaus soll ich da wohl noch erklären,

- dass kreativ gespart werden muss,
- dass wir mit noch weniger Personal auskommen sollen,
- dass keine Fortbildungen mehr möglich sind
- und das alles, was sie bisher in großer Anstrengung geschafft haben, durch zum Teil unnötige Vorgaben und gesetzliche Regelungen wieder zunichte gemacht wird?

Strukturwandel darf nicht gefährdet werden.

Und dabei ist es ja nicht in erster Linie aus buchhalterischer Sicht wichtig, solide finanzielle Grundlagen zu schaffen, sondern wir müssen unsere Kräfte eigentlich darauf konzentrieren,

- den Strukturwandel zu schaffen,
- unsere Stadt zukunftsfähig zu machen
- und die Lebensqualität für die Hertener Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und wo erforderlich, zu verbessern.

Das Zeitfenster für den Strukturwandel ist äußerst eng.

Spätestens im Jahr 2006 werden die sogenannten Ziel-II-Mittel auslaufen und danach können wir wohl auch auf die zwischenzeitlich bescheidenen Fördermöglichkeiten bei Zukunftsprojekten nicht mehr zurückgreifen.

Und damit haben wir ein doppeltes Problem:

- Zum einen müssen wir einen wesentlichen Teil unserer Zeit damit verbringen, über immer neue Konsolidierungsmaßnahmen nachzudenken. Zeit, die wir nutzen müssten, um Projekte zu entwickeln und umzusetzen.
- Zum anderen müssen wir dies tun, weil wir sonst unsere Zukunftsprojekte nicht finanzieren können.

Wir alle haben in den letzten Monaten und Jahren gezeigt: Es mangelt uns nicht an Ideen und Tatkraft.

Wir haben bereits 1997 ein Zukunftsprogramm auf den Weg gebracht und ich habe das mit dem Arbeitsprogramm 2000 – 2004 konkretisiert.

Das ist mein roter Faden.

Und trotz der Finanzprobleme, trotz der vielen Zeit, in der wir uns mit Konsolidierungsfragen befassen müssen; wir haben unsere Ziele nicht aus den Augen verloren.

Das Zukunftsprogramm ist auch in den vor uns liegenden Jahren unsere Grundlage.

Das Arbeitsprogramm ist in vielen Teilen abgearbeitet und muss jetzt fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Durch die Maßnahmen und Projekte, die wir bisher auf den Weg gebracht haben, haben wir Mut gezeigt, Neues zu schaffen und auch Zuversicht gezeigt, selbst in schwierigen Zeiten, große Ziele anzugehen.

Einen Teil der Früchte konnten wir schon ernten.

In unserer Stadt gibt es dabei viele Menschen, die mit großem persönlichen Einsatz für Hertener arbeiten.

In Unternehmen und Verwaltungen, in den Schulen, in den Krankenhäusern, in den Altenheimen, in Kirchen, in Verbänden, in Vereinen und in Initiativen, in der Bürgerstiftung.

Herten ist auf einem guten Weg

Wenn man daran glaubt und sich nicht durch einige Miesmacher dieser Tage entmutigen lässt, können wir auch weiterhin viel bewegen.

Die aktuellen Erfolge zeigen das.

Der Rat und die Verwaltung haben sich gut aufgestellt.

Wir haben gute Strukturen geschaffen mit unseren Ausschüssen, mit unserer neuen Ausschussordnung und der neuen Hauptsatzung.

Und auch die Verwaltung hat mit dem Organisationskonzept 2000 die Weichen gestellt, um die gute Arbeit der letzten Jahre fortzusetzen.

Wirtschaft und Arbeit

In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind erfreuliche Zeichen gesetzt.

Nicht nur für Herten, sondern auch für die Region bedeutsame Entwicklungen wie

- die Unternehmensansiedlung Fresenius LCA
- der blaue Turm zur Wasserstoffgewinnung in Herten Süd
- oder die jetzt eingeleitete Entwicklung auf Ewald verdeutlichen: Wir sind auf einem guten Weg!

Auch örtlich bedeutsame Projekte wie der Handwerkerhof an der Westerholter Straße oder die Expansion des Vestischen Kommunikations- und Medienzentrums von Arno Welke oder die Fertigstellung des 3. Bauabschnittes beim ZZH unterstreichen diesen positiven Trend.

Und wer hätte vor 3 Jahren vorhergesagt, dass die nationale Kohlereserve im Hertener Süden abtragen wird und damit weitere Gewerbeflächen möglich werden?

Unsere Wirtschaftsförderung - das freut mich besonders - erhält Lob von Unternehmern und Ansiedlungswilligen.

Jetzt heißt es vor allem, eingeleitete Entwicklungen und Planungen in den nächsten zwei bis drei Jahren umzusetzen:

- Das „Last Mile Logist Projekt“ mit den Städten Herne und Gelsenkirchen,
- den Bau des Wasserstoffkompetenzzentrums im Hertener Süden,
- Ansiedlungen im Umfeld Vestische,
- die Erweiterung des Technologie-Parks am ZZH
- und den Ausbau des Industrie- und Gewerbeparks Ewald.

Ewald

Das bedeutsamste Projekt im Bereich Wirtschaft und Arbeit in den nächsten Jahren heißt „Ewald“! 20 Monate ist es her, seit Ende April 2000 das Ende der Kohleförderung auf unserem traditionsreichsten Bergwerk in Herten feststand.

Für unsere Stadt, für uns in Politik und Verwaltung stellt sich damit die größte Herausforderung für die nächsten Jahre.

Dies insbesondere deshalb, weil auf der einen Seite das Bergwerk Ewald aufgegeben wurde, auf der anderen Seite gerade dieses Bergwerk die einzige große Fläche in unserem Stadtgebiet ist, auf der wir neue Arbeitsplätze in notwendiger großer Zahl realisieren können.

Es ist vor allem das Verdienst des Baurates, hier die Qualitäten dieser Fläche herausgearbeitet und transparent gemacht zu haben.

Und es gab von Anfang an klare Ziele:

- mindestens 1000 neue nachhaltige Arbeitsplätze
- schnelle Realisierung, erste Ansiedlungen innerhalb von 3 Jahren

Also: Keine „Quick and Dirty“ – Lösung!

Zwischenzeitlich sind wir ein ganzes Stück weiter und haben drei große Ziele für den Ewald-Komplex im Visier:

- den Gewerbe- und Industriepark Ewald,
- den Landschaftspark Emscher-Bruch,
- den Olympia-Standort für Mountainbike.

Das wichtigste Ziel dabei ist die Realisierung des Gewerbe- und Industrieparks Ewald. Wir haben hier mit der Entwurfswerkstatt in der letzten Woche, die eine riesige – auch überregionale – Beachtung gefunden hat, Zeichen gesetzt.

Ich glaube, dabei ist auch allen klar geworden:

Die Hertener wollen das, die Hertener machen Druck, hier muss etwas Besonderes entstehen. Und ich bin weiterhin zuversichtlich, dass wir auch den Olympiastandort mit dem Leistungszentrum für Mountainbiker realisieren können.

Beschäftigungsförderung

Besondere und nicht nur in Hertener vielfach beachtete Erfolge haben wir auch in der Beschäftigungsförderung.

Das, was da unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit dem Arbeitsamt, den Beschäftigungsträgern und den Landeseinrichtungen auf den Weg gebracht haben, sucht seines Gleichen.

Ich glaube, dass das, was da in unserer Stadt in den letzten Jahren entstanden ist, vielen gar nicht bewusst ist:

- Zwölf Maßnahmen von 1998 bis heute,
- an den Schulen,
- in Baugebieten,
- über 200 Frauen und Männer, die beschäftigungswirksam eingesetzt werden konnten, (davon haben ca. 50 % eine Anschlussarbeit gefunden oder konnten sich weiterqualifizieren),
- mehr als 10 Mio DM Fördermittel

sind ein vorzeigbares Ergebnis.

Ich habe mir deshalb vorgenommen, Sie im Frühjahr einzuladen, um einmal alle Maßnahmen, die wir in den letzten 2 ½ Jahren auf den Weg gebracht haben, vor Ort zu bewerten.

Gewerbsteuer

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auch noch einmal klar machen: Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes wäre in einer solchen Situation genau das falsche Signal.

Daran sollten wir festhalten, obwohl die Städte in unserem Umkreis sich anders verhalten.

Ein konstanter Gewerbesteuerhebesatz ist ein gutes Signal für die heimischen Unternehmen und Betriebe und für alle, die sich in Hertener ansiedeln wollen.

Kinder, Jugend, Schule

Auch in der Kinder- und Jugendpolitik ist unsere Bilanz positiv.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass gerade im Zusammenhang mit den Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen des letzten Jahres von dem einen oder anderen Interessierten durch zum Teil bewusste Fehlinterpretation ein anderer Eindruck vermittelt werden sollte.

Ich bin dabei immer wieder erstaunt, dass beim Thema Jugendpolitik der Fokus meistens nur auf Fragen der wirtschaftlichen Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit, der Erziehungshilfe oder einzelner Betreuungsangebote gelenkt wird.

Mein Bild von effektiver Jugendarbeit ist ein anderes und da habe ich einen klaren roten Faden.

Erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit mache ich in erster Linie fest an:

- guten Kindergärten,
- guten Schulen,
- Ausbildungsplätzen
- Arbeitsplatzangeboten für junge Menschen.

Wir haben das!

Hier spielt die Musik, hier muss sich unsere Arbeit konzentrieren.
Bildung muss dabei höchste Priorität haben!

Wenn wir das weiter gut machen und wenn wir hier solide Rahmenbedingungen schaffen, können wir auf manches andere Angebot zukünftig verzichten.

Und ich plädiere in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich wieder für mehr Eigenverantwortung der Eltern und der Kinder und Jugendlichen. Der Staat ist für die Bildung da, aber für die Erziehung sind in erster Linie die Eltern verantwortlich. Erziehung ist nicht die Kernaufgabe von Lehrern und Sozialarbeitern.

Es ist und war falsch, für jedes Problem, das bei jungen Menschen aufkommt, gleich städtische Hilfe anbieten zu wollen.

Im übrigen zeigt es sich auch bei vielen Forderungen, die gestellt wurden: Haben wir sie erfüllt, haben wir Angebote geschaffen, werden sie nicht oder nur begrenzt genutzt.

- Das gilt für die Hertener Kinos,
- das gilt für eine Vielzahl unserer Freizeitangebote,
- das gilt auch für eine Vielzahl von Betreuungsangeboten.

Eine ehrlichere Diskussion zu diesen Fragen täte vielen Jugendlichen, täte der Politik, täte aber auch insgesamt gut.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Es gibt Kinder und Jugendliche in Hertener mit Problemen, bei deren Bewältigung sie unserer Unterstützung bedürfen.

Die müssen sie bekommen, in Einzelfällen auch noch verstärkt. Es gibt aber auf der anderen Seite eine zunehmende Versorgungsmentalität, die es Kindern und Jugendlichen leicht macht, auch dann Hilfe und Unterstützung einzufordern, wenn sie eigenverantwortlich ihre Fragen selbst oder mit ihren Eltern lösen könnten.

Unsere erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit ist auch festzumachen an den guten Angeboten:

- wir haben die beste Kinder- und Jugendbücherei weit und breit,
- wir haben ein regional bedeutsames Angebot mit Copa Ca Backum,
- wir haben eine ausgezeichnete Musikschule,
- wir haben ein vorzeigbares Kulturprogramm für Kinder und Jugendliche,
- wir haben super Kinos,
- wir haben hervorragende Angebote in unseren Sportvereinen.

Allein die fehlende Disko kann es doch wohl nicht sein, die gibt es in anderen Städten auch nicht. „Für die Jugend tun sie nix“, hören wir an verschiedenen Stellen, aber was denn bitte schön tun wir nicht?

Kindergärten

Keine Abstriche darf es geben an der Qualität unserer Kindergärten. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Trägern und den Leitungen der Kindergärten daran arbeiten – wie wir bei zurückgehender Kinderzahl unter sich verändernden Rahmenbedingungen insbesondere im Bereich der Sprachförderung und des Sozialverhaltens die gesteckten Ziele erreichen und wie wir einen Teil, der aus der Pisa-Studie gewonnenen Erkenntnisse in die Kindergartenarbeit einfließen lassen können.

Die Zahl der 3 – 6 Jährigen, die mit einem Rechtsanspruch unsere Kindergärten besuchen, ist insbesondere dadurch im letzten Jahr deutlich gestiegen, weil zahlreiche ausländische Eltern ihre Kinder nach der Diskussion über die Sprachkompetenz zusätzlich angemeldet haben.

Herten hat damit eine Quote, die weit über dem Landesdurchschnitt liegt.

Deshalb werden wir – anders als es noch zu Beginn des Jahres 2001 ablesbar war – auch den Kindergarten an der Wörthstraße in den nächsten Jahren benötigen.

Wir werden auch die Idee der „Kinderfreundlichen Stadt“ in den nächsten Jahren wieder verstärkt aufgreifen und über das ProKids-Büro gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern in

unserer Stadt das Thema „Kinderfreundlichkeit“ wieder zu einem deutlichen Markenzeichen machen.

Schule / Bildung

In den letzten Tagen und Wochen wird viel über die sogenannte Pisa-Studie diskutiert und darüber, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen.

Wir haben in Herten – lange vor dem Erscheinen der Pisa-Studie – für die Bildung unserer Kinder die höchste Priorität festgesetzt.

Was wir in Herten als Schulträger machen können, machen wir.

Das jetzt aufgelegte Sanierungsprogramm mit einem Volumen von nahezu 6 Mio Euro für die Jahre 2002 und 2003 ist beispielhaft und sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Schulen.

Die Kommunikationsstruktur zwischen Schulleitung, Schulpflegschaften, Schülersprechern, Verwaltung, Politik ist, das bestätigen uns die Beteiligten und immer wieder auch Außenstehende, einmalig und fördert gemeinsames Problembewusstsein und daraus resultierende Lösungen.

In Sachen Sprachkompetenz hat Herten eine Vorreiterrolle für unser Land.

Unsere Forderungen und unser Konzept sind klar:

Jedes Kind, das in die Grundschule kommen soll, muss so gut Deutsch können, dass es dem Unterricht folgen kann.

Die Stadt Herten will erreichen, dass alle Kinder in Herten die deutsche Sprache so gut beherrschen, dass sie ihrem Begabungspotential entsprechend allgemeine Schulabschlüsse erwerben können.

Dazu ist ein Stufenprogramm „Begleitung von der Geburt bis zur Einschulung“ notwendig, das sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt:

- Information der Eltern direkt nach der Geburt ihrer Kinder
- Durchführung von Sprachtests und gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten
- Ein Jahr vor der Einschulung Durchführung weiterer Sprachtests
- Bei Bedarf intensive Förderung in Sprachfördergruppen im Schulkindergarten
- Bei bestehender Lernbehinderung Förderung in der Schule für Lernbehinderte ab der ersten Klasse.

Das kostet Anstrengungen, das kostet Geld. Aber es gibt keine Alternative.

Und eine Vielzahl von Projekten wie

- Betrieb Schule,
- Brückenkurse für Schüler,
- gute Schullandschaft,
- Lernallianz Ruhrgebiet,
- Schulkontrakt Gymnasium,
- Schulen ans Netz,
- und weitere mehr,

unterstreichen unseren Willen, Hertener Kindern beste Zukunftsmöglichkeiten durch gute Schulen zu bieten.

Und ich freue mich sehr, dass die **Martin-Luther-Schule** am Projekt Schule 21 teilnimmt. Ich finde es schade, dass sich bisher nicht mehr Schulen in Herten dazu bereit gefunden haben. Vielleicht ergibt sich das ja noch.

In den kommenden Jahren heißt es, dieses Niveau, diese gute Schullandschaft in unserer Stadt zu halten. Und auf dem Programm stehen

- die Erweiterung der Achtenbeckschule,
- der Um- und Ausbau der Bodelschwingschule,
- die Anpassung der Grundschulbezirke,
- die Umsetzung unseres Konzeptes für die Verbesserung der Sprachfähigkeit,
- die Fortsetzung der Wertediskussion, die wir auf dem 1. Hertener Werteforum mit über 100 Bürgerinnen und Bürgern am 12. November des letzten Jahres begonnen haben
- und auch das Thema Lebensort Schule kommt wieder auf die Tagesordnung.

Ich hoffe, dass wir es beim nächsten Mal gemeinsam schaffen, unvoreingenommen die Chancen, die sich daraus für unsere Kinder und für unsere Stadt ergeben, zu bewerten und dann zu entscheiden. Und für mich gilt: Aus den Fehlern, die auch ich bei der Ersteinbringung dieses Projektes gemacht habe, habe ich gelernt.

Ausbildung

Keine Abstriche darf es geben an unseren Aktivitäten, jedem Mädchen und jedem Jungen zu einem Ausbildungsplatz bzw. zu einer weiteren Qualifizierung zu helfen, wenn dieses Ziel nicht in Eigeninitiative erreicht worden ist.

Beschäftigungsförderung, Jugendberufshilfe, Kommunalstelle Frau und Beruf, Schulen und das Arbeitsamt arbeiten Hand in Hand. Das haben wir trotz aller Schwierigkeiten und äußerst schlechter Rahmenbedingungen seit 1999 durchgängig geschafft.

Wir werden das auch in den kommenden Jahren durchhalten, da bin ich zuversichtlich.

Sport in Herten

Wir haben im September 2001 ein sehr konkretes Maßnahmenpaket für den Sport in Herten definiert.

- Die bereits begonnene Turnhallensanierung,
- die Einrichtung der Servicestelle für den Sport in der FBW,
- und die Vorbereitung der Kampagne 50 plus,

sind sichtbare Ergebnisse bzw. Weichenstellungen aus der Arbeit von 3 Zukunftswerkstätten, die dem Thema Sport in Herten gewidmet waren.

Seit 1999 haben wir in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen den Organisationsgrad von 13.500 auf 14.200 – von 19,5 auf 21 % steigern können.
Die Zielgröße ist 25 % im Jahr 2006!

Auch die bevorstehende Neustrukturierung des Stadtsportverbandes mit ihren Akteuren lässt hoffen, dass der Sport in unserer Stadt gewinnt.

Das alles aber muss begleitet werden durch zwei große Maßnahmen:

- das Sportstättenkonzept und die damit verbundene Sanierung und Ausweitung von Sportflächen
- und den Bau einer neuen Mehrzweckhalle.

Vor diesen Zielsetzungen dürfen wir auch durch die ungünstigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht zurückschrecken.

Wir wollen noch vor der Sommerpause einen Finanzierungsvorschlag, der mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt ist, unterbreiten, um die Sportanlagen Disteln, Katzenbusch, Paschenberg und Westerholt zu sanieren und um die dort notwendigen Einrichtungen zu bauen.

Das Ziel, noch in diesem Jahr mit den Baumaßnahmen zu beginnen, gilt nach wie vor.

Und wir müssen auch eine Lösung für Bertlich finden.

Kultur

Prioritätensetzung bringt es mit sich, dass man nicht alle Aufgabenfelder gleichzeitig mit höchster Priorität verfolgen kann.

Das gilt auch für den Bereich Kultur.

Wir haben in Herten nie der absoluten Hochkultur den Vorrang gegeben.

Das hätten wir uns einerseits nie leisten können, das ist aber auch nicht zwingend erforderlich, weil wir von der Vielfalt der kulturellen Highlights im Ruhrgebiet profitieren.

Stattdessen gibt es bei uns seit Jahren ein breites kulturelles Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger, welches Jahr für Jahr bei Jung und Alt einen hohen Zuspruch erfährt.

Das reicht von der Kreativ-Werkstatt für unsere Kinder bis zu den Seniorenaktivtagen, von der Kleinkunstreihe „7 nach 8“, über unser Sommerprogramm „summer in the city“ bis zu den Schlosskonzerten, dem Kunstmarkt oder dem Folkfestival.

Gerade unsere kulturellen Angebote befanden sich im letzten Jahr in der Konsolidierungsphase.

Ein nochmaliges Zurückfahren darf sich unsere Stadt nicht antun. Die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist auch bestimmt durch die Qualität ihrer kulturellen Angebote.

Wir brauchen gerade in Zukunft:

- die Musikschule zur Förderung unserer Kinder,
- die VHS mit ihren Weiterbildungsangeboten für ein lebenslanges Lernen,
- das Glashaus mit der Bibliothek als Treffpunkt und als „geistige Tankstelle“ in der Innenstadt.

Soziale Hilfen

Die dritte Priorität in unserem Zukunftsprogramm heißt: Soziale Hilfen reformieren.

Seit 1997 arbeiten wir an dem Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“. Die Erfolge unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialbereich sind außergewöhnlich gut.

Trotz der nach wie vor äußerst angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt und trotz unserer strukturellen Probleme ist es gelungen, jedem arbeitsfähigem Sozialhilfeempfänger in Herten Arbeit im Rahmen eines Gesamtkonzeptes „Arbeit statt Sozialhilfe“ anzubieten.

Dies hat in der Konsequenz dazu geführt, dass wir die Zahl der laufenden Fälle von 1995 bis 2001 von über 2.100 auf knapp 1.700 senken konnten.

Das heißt, trotz gleichbleibend hoher Arbeitslosenquote hat sich die Fallzahl in diesem Zeitraum um fast 19 % rückläufig entwickelt.

Und noch deutlicher wird das bei den Nettoausgaben der Sozialhilfe, die in diesem Zeitraum von 25,6 Mio DM auf 18,5 Mio DM jährlich, das heißt, fast um 28 % zurückgegangen sind.

Und auch im Jahr 2001 ist es gelungen, noch einmal 600.000 DM unter dem Vorjahresergebnis zu bleiben.

Dieses „Hertener-Modell“ ist beispielhaft und wird zwischenzeitlich nicht nur von anderen Kommunen im Kreis Recklinghausen übernommen.

Ebenso erfolgreich ist unsere kommunale Ausländer-, Aussiedler- und Asylbewerber-Politik.

Trotz aller Schwierigkeiten, die es in Herten auch gab, hat sich unterm Strich die dezentrale Unterbringung und der Betreuungsaufwand für Asylbewerber bewährt. Die Zahl ist insgesamt rückgängig, weil weniger Asylbewerber nach Deutschland – und keine Flüchtlinge, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien mehr kommen.

Aktuell haben wir noch 10 Übergangwohnheime, aber wir werden noch im ersten Halbjahr 2002 drei davon aufgeben können:

- das Heim an der Fritz-Erler-Straße - im April,
- das Heim an der Hasselbruchstraße in Bertlich - im Mai und
- das Heim an der Backumer Straße/Polsumer Straße - im Juni.

Soziales Wohnen/Wohnungsnotfälle

Auch die Zahl der Wohnungssuchenden für Sozialwohnungen ist gegenüber 1995 um fast 70 % gesunken. Die Zahl der Wohnungsnotfälle – auch sie ist weiterhin rückläufig – verringerte sich im gleichen Zeitraum um über 60 %.

Ich gehe davon aus, dass wir das Übergangwohnheim für alleinstehende Wohnungslose an der Ewaldstraße ebenfalls in absehbarer Zeit mangels Bedarf schließen können.

Hilfe zur Pflege

Die größte Herausforderung in den nächsten Jahren ergibt sich durch die Bevölkerungsentwicklung und die Zunahme alter Menschen in unserer Stadt und die damit verbundene notwendige Begleitung durch Pflegeeinrichtungen und Pflegepersonal.

Der Anteil der über 80jährigen in unserer Stadt hat sich seit 1980 nahezu verdoppelt.

Allein in den letzten 5 Jahren gab es bei dieser Altersgruppe einen Zuwachs von über 13 %. Und das bei einer insgesamt abnehmenden Bevölkerungszahl in unserer Stadt.

In den nächsten 10 Jahren erwarten wir eine weitere Steigerung um fast 40 % in dieser Altersgruppe.

Deshalb ist es richtig, dass wir neben den 6 bereits bestehenden Pflegeheimen

- sowohl am Paschenberg ein neues Heim mit 50 Plätzen bauen, als auch
- an der Annastraße in Westerholt ein Heim mit 60 Pflegeplätzen und zusätzlich 12 Plätzen für geronto-psychiatrisch Erkrankte errichten.

Bei beiden Heimen rechne ich mit einem Baubeginn Ende 2003/Anfang 2004.

Geplant ist die Errichtung eines neuen Tagepflegeheims des Caritas-Verbandes mit 12 Plätzen, das ggfls. Anfang des nächsten Jahres gebaut werden soll. Dies trägt auch dieser Entwicklung Rechnung.

Bevölkerungsentwicklung "Alter als Chance begreifen"

Die wachsende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger muss aber noch zu weiteren Weichenstellungen führen.

Wir haben in einer Sondersitzung im Oktober des letzten Jahres die notwendige Diskussion über die Bevölkerungsentwicklung in Herten begonnen.

Das war ein erster wichtiger Schritt.

Im Kern geht es dabei um zwei Tendenzen:

- Wir werden immer weniger Menschen in unserer Stadt.
- Der Anteil der älteren Mitbürger wird im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl immer größer (Allein in den letzten fünf Jahren hat sich der Anteil der über 65jährigen um über 6 % erhöht).

Es ist dann weiter zu fragen, wollen wir dieser Tendenz entgegen wirken oder können wir uns Herten auch als Stadt vorstellen, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt?

Je nach Weichenstellung müssen wir wesentliche Teile unseres politischen Handelns auf das entsprechende Ziel hin ausrichten.

Für mich ist wichtig, dass wir das Älterwerden – die Tatsache, dass immer mehr ältere Menschen in unserer Stadt leben – nicht als Problem sehen, sondern als Chance begreifen. Altwerden an sich ist doch zunächst eine gute Sache. Wer von uns möchte das nicht?

Allerdings; alt werden macht nur dann Freude, wenn man einigermaßen gesund ist, in einem guten sozialen Umfeld lebt und aktiv ein sinnhaftes Leben führen kann.

Wir haben begonnen, an dieser Aufgabenstellung zu arbeiten.

Die Sportkampagne 50 plus ist ein aktuelles Beispiel dafür.

Wir werden in den nächsten Wochen erste Grundlagen für politische Entscheidungen erarbeiten, mit denen die Vitalität gerade alter Menschen in unserer Stadt erhalten und gefördert werden kann.

Wohnen in Herten

Es ist eine Binsenweisheit, dass für die Lebensqualität in einer Stadt die Wohnverhältnisse eine besondere Rolle spielen.

Wenn man die Wohngebiete in unserer Stadt sieht und mit den Menschen spricht, die hier wohnen, dann kann man feststellen, dass wir überwiegend diesem Anspruch nach einer guten Wohnqualität gerecht werden.

Das gilt für die Neubausiedlungen der letzten Jahre genauso wie für unsere Bergarbeitersiedlungen, die Siebenbürgersiedlung oder das besondere Wohngefühl im Alten Dorf in Westerholt.

Mit dem Zukunftsprogramm haben wir 1997 in der Wohnungspolitik eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen:

- grundsätzlich kein sozialer Wohnungsbau mehr,
- dafür eine verstärkte Ausweisung von Wohnbauflächen für Eigenheime.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Wir haben es erreicht, für über 1000 neue Wohnungen – dass war das gesetzte Ziel – Planungsrecht zu schaffen, und wir haben dafür gesorgt, dass diese Konzepte auch umgesetzt wurden bzw. werden.

Neue Siedlungen wie

- Backum Nord West
 - Hasenkämpfe
 - Zehengelände Scherlebeck
 - Reenerstraße
 - Polsumer Straße
 - aber auch kleinere Maßnahmen in sogenannten Baulücken wie
* der Sophienhof
 - oder Kinderfreundesiedlung Feldstraße „Bullerbü“
- sind dafür Beispiele.

Aber obwohl sich alle Fraktionen hier im Rat in den letzten Jahren immer darüber einig waren, dem Wunsch vieler Hertenerinnen und Hertener nach Bau oder Erwerb von Wohnungseigentum durch entsprechende Beschlüsse nachzukommen, hat sich gerade in den letzten Monaten gezeigt, dass Bauen in Herten nicht mehr so ganz einfach ist.

Oder anders ausgedrückt, vielfach zu Kritik oder zumindest vielen Fragen führt.

Wir haben das erlebt

- bei der Reener Straße
- bei den Planungen der Viterra in der Gertrudenau
- und jetzt aktuell bei den geplanten Maßnahmen im Bereich Wiesenstraße, Schützenstraße, Ewaldstraße.

Diskussionen kommen insbesondere deshalb auf, weil – anders als im Münsterland, wo man auf freier Fläche bauen kann – in unserer Stadt nur noch relativ wenig Wohnbauflächen zur Verfügung stehen und andererseits der Rat sich dafür entschieden hat, die Außenbereiche weitestgehend zu schonen.

Wir müssen deshalb bei der Ausweisung von Neubaumaßnahmen sinnvolle Kompromisse suchen. Dabei ist es für mich kein Widerspruch, dass wir einerseits gewachsene Siedlungsstrukturen mit allem, was dazu gehört, - wie etwa jetzt in der Gertrudenau - erhalten und nicht durch Neubaumaßnahmen zerstören, und dass wir andererseits um bestmögliche Lösungen für Neubaumaßnahmen, wie jetzt an der Wiesenstraße, ringen müssen.

Ich habe dabei viel Verständnis und viel Respekt vor den Interessen der jetzt dort wohnenden Menschen an der Schützenstraße, an der Ewaldstraße und an der Wiesenstraße.

Ich sag aber auch, der Rat der Stadt Herten muss die verschiedenen Interessen miteinander in Einklang bringen.

Eine große Gruppe kann ihre Interessen nämlich aktuell nicht einbringen:

Das sind die 50 oder 55 Familien, die auf der Suche nach einem bezahlbaren Haus in Herten sind und die ein neues Zuhause finden können. Die aber mangels Angebot – wie wir es ja laufend erleben – stattdessen in die Städte des südlichen Münsterlandes abwandern.

Wir stehen da in einem harten Wettbewerb mit anderen Städten und es passt nicht zusammen,

- den Bevölkerungsrückgang stoppen zu wollen,
- Familien mit mittlerem Einkommen den Traum von einem Haus ermöglichen zu wollen,
- zu beklagen, dass die Menschen auf kostengünstige Angebote im ländlichen Bereich zurückgreifen,

- und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen für Neubauten immer weiter einzuschränken.

Und wenn wir solche Baumaßnahmen in unserer Stadt wirklich wollen, dann müssen wir auch den Investoren Möglichkeiten bieten, dass sie entsprechende Projekte wirtschaftlich umsetzen können.

Zukünftiger Wohnungsbau in Herten

Unabhängig davon, müssen wir Klarheit schaffen, welche Wohnbauprojekte in unserer Stadt in den nächsten 3 – 4 Jahren umgesetzt werden sollen und können.

Und ich verweise darauf, dass wir

- dem Rückgang der Bevölkerung entgegen wirken wollen und dass wir
- auch mehr Menschen in unserer Stadt mit mittlerem und höherem Einkommen brauchen, damit u.a. die Zuweisungen des Landes aus der Einkommensteuer wieder verbessert werden und die Kaufkraft gestärkt wird.

Mein Vorschlag an Sie lautet deshalb:

Lassen Sie uns bis Ende 2003 Planungsrecht für **zwei große Neubaugebiete** schaffen.

Neubaugebiete – wie ich es schon einmal genannt habe – für die „Golfklasse“.

Dieses Mal meine ich aber zwei verschiedene „Golfklassen“:

- ein Baugebiet für diejenigen, „die Golf spielen“,
- und ein Baugebiet für diejenigen, „die Golf fahren“.

Für die erste Gruppe werde ich Ihnen gleich noch einen Vorschlag machen.

Für die Gruppe der „Golffahrer“ sollten wir uns kurzfristig auf einen Bereich verständigen.

Und neben diesen beiden größeren Maßnahmen gilt es, in jedem Fall auch noch folgende Wohnbaugebiete kurzfristig in die Tat umzusetzen:

- den Bereich Sportplatz Spanenkamp – das brauchen wir, um unser Sportstättenkonzept umzusetzen,
- das Wohnbauprojekt an der ehemaligen Pestalozzischule – das brauchen wir, um hier die mittlere Ewaldstraße aufzuwerten.
- Und, wir müssen das Bauprojekt Annastraße/ Storcksmährstraße realisieren.

Wenn wir bis zum Ende dieser Wahlperiode die beiden Großmaßnahmen planungsrechtlich auf den Weg gebracht haben und bei den drei anderen genannten Maßnahmen zumindest die Bauarbeiten begonnen haben, dann haben wir das wichtige Ziel, die Wohnqualität in unserer Stadt zu sichern, erreicht.

Innenstadt

Seit ich denken kann, ist die Hertener Innenstadt in der Diskussion.

Das gilt sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Politik.

Dabei geht es eigentlich immer um die gleichen Punkte:

- fehlende Waren- und Dienstleistungsangebote,
- zu wenig Parkmöglichkeiten,
- wenig ansprechende Architektur.

In der Tat, das ist ja wohl auch so!

Und insbesondere die Innenstadtprojekte der 60er und 70er Jahre haben diese Situation eher verschlimmert als verbessert.

- Wo einstmals schöne Häuser standen, haben die Bagger ganze Arbeit geleistet und das Ganze wurde durch eine 0/8/15-Architektur ersetzt.
- Um die Innenstadt wurden Ringe gebaut mit Kreuzungsbereichen, die in ihrer Dimension eher nach Los Angeles oder zumindest nach Frankfurt gehören.
- Mit der Trutzburg rund um den Place d´Arras und dem Vorplatz Richtung Süden hat man die Innenstadt von der mittleren Ewaldstraße abgeschottet.
- Das ehemalige Karstadt-Warenhaus und das heutige Hertener-Forum – wichtige Bausteine der Innenstadt – stehen außerhalb des Kernbereichs.
- Und der Fußgängerbereich hat eine Dimension, die für eine solitäre Großstadt ausreichen würde
- Dabei leiten wir dann Straßen in den Kernbereich, die in ein autofahrerisches Niemandsland führen.

Dies alles wissen wir, und mich hat das in meiner Haushaltsrede 1996 dazu veranlasst zu sagen: Wir jagen seit Jahren einem Phantom hinterher, weil wir für unsere Innenstadt Ansprüche entwickeln, die niemals erfüllt werden. Und ich habe weiter ausgeführt, unsere Innenstadt wird über den Stand eines erweiterten Stadtteilzentrums mit zentralen Angeboten kaum hinauskommen können.

Das Echo war seinerzeit zweigeteilt.

Zumindest die veröffentlichte Meinung sparte nicht mit Kritik und sprach von der Aufgabe notwendiger Zielsetzungen.

Und was hat sich in der Zwischenzeit getan?

- Das Karstadt-Warenhaus wurde aufgegeben und die kurze Hochstimmung beim Bau des HertensForums ist der nüchternen Erkenntnis gewichen, dass zumindest bis heute auch davon nicht die erhofften Impulse ausgehen.
- Wir haben eine Feier nach der anderen in der Innenstadt veranstaltet und veranstalten lassen, die in der Summe eher dazu beigetragen haben, das Image der Innenstadt weiter zu verschlechtern.
(Höhepunkt war der Weihnachtsmarkt des letzten Jahres).
- Eine Werbegemeinschaft für die Innenstadt gibt es faktisch nicht mehr.
- Und die Bürgerinnen und Bürger klagen weiterhin über das Warenangebot und den vielfach verbesserungswürdigen Service, den sie in unserer City erleben.

Ich sage: Umdenken ist angesagt!

Wir sollten bei unserer Innenstadt die Messlatte nur so hoch legen, dass wir auch drüber springen können.

Wir sind keine Solitär-Stadt mit viel Umland und werden es auch nicht werden. Und während schon in den 50er Jahren meine Mutter - neben vielen anderen - mit dem Satz „Wir fahren in die Stadt“ immer Recklinghausen meinte – zu einer Zeit, wo es noch keine Supermärkte und Warencenter auf der grünen Wiese gab – hat sich das doch bis heute noch verstärkt:

- Die Menschen fahren zu „real“ und in andere Märkte, um sich mit ihrem Tagesbedarf einzudecken,
- gerade die jungen Menschen fahren ins CentrO Oberhausen oder nach Essen oder nach Bochum
- und immer mehr Menschen leisten es sich, nach Düsseldorf, Münster oder gar noch weiter zu fahren um einzukaufen
- und statt ehemals über 72.000 Einwohner haben wir heute nur noch die Kaufkraft von weniger als 67.000.

Lassen Sie uns die Stärken der Innenstadt nutzen und ausbauen:

- Wir haben einen tollen Markt in unserer Stadt,
- wir haben das Glashaus und die Stadtbibliothek mit täglich über 800 Besucherinnen und Besuchern,
- wir haben einzelne Fachgeschäfte und Kaufleute, die auch über die Stadtgrenzen hinaus einen guten Namen haben.

Und wir haben jetzt neue Chancen eröffnet:

- Die größte ist der Bau der neuen Rathaus-Galerien. Wir geben damit den wichtigsten Impuls seit der Eröffnung des Glashauses.
- Wir sind dabei, den Technologiepark auszubauen, insbesondere durch Fresenius. Das bringt Menschen in die Stadt, das bringt Kaufkraft in die Stadt.

Aber wir müssen auch noch mehr tun.

- Ich sage, lassen Sie uns darüber nachdenken, ob wir die Fußgängerzone im Bereich der nördlichen Ewaldstraße wirklich so belassen wollen oder ob wir nicht besser eine Einbahnstraßenverbindung entwickeln, mit der die Antoniusstraße, die Vitusstraße und wenn eben möglich auch der Bramhügel vernetzt werden.
- Und ich sage auch, es ist kein Widerspruch, wenn wir parallel darüber nachdenken, wie wir die Innenstadt fahrradfreundlicher gestalten können.

Mit Fertigstellung der Rathausgalerien haben wir auch eine Vielzahl neuer Parkplätze zur Verfügung. Dabei wird auch das Umfeld zu gestalten sein. Der Otto-Wels-Platz erhält mit gastronomischer Nutzung im Schnittpunkt zwischen Schlosspark und Innenstadt ein neues Gesicht.

Und lassen Sie mich abschließend zum Thema Innenstadt feststellen: Auch wenn wir erst den Monat Januar haben, sage ich Ihnen jetzt schon zu, dass der nächste Weihnachtsmarkt in der Hertener Innenstadt anders sein wird, als der letztjährige.

Sicherheit

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen des 11. September, die dem Begriff Sicherheit eine neue Dimension gegeben haben, spielt Sicherheit eine besondere Rolle für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Und jeder, der persönlich einmal erleben musste, dass ihm sein Eigentum gestohlen wurde, oder dass er gar körperliche Verletzungen zu erleiden hatte, ist besonders sensibilisiert.

Sicherheit ist aber kein Thema für eine oberflächliche politische Auseinandersetzung, um auf dem Rücken der Ängste von Bürgerinnen und Bürgern vermeintliche Vorteile zu erlangen.

Fakt ist: In unserer Stadt ist die Sicherheitslage trotz aller Gefährdungen und Probleme überdurchschnittlich gut.

Das bestätigen alle Statistiken und alle Erkenntnisse unserer Sicherheitsorgane.

Dennoch, an diesem Thema müssen wir weiter arbeiten.

Wir werden deshalb auch in Zukunft den engen Kontakt mit der Polizei, mit der Feuerwehr, mit dem kriminalpräventiven Rat suchen und notwendige Maßnahmen treffen.

Wir werden einzelne städtische Räume, die eher Ängste auslösen, entschärfen müssen.

Und mit verschiedenen Programmen aller Beteiligten, werden wir die Sicherheit weiter verbessern.

Mit dem kommunalen Ordnungsdienst, haben wir einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Die Zeiten erfordern es, dass wir diesen kommunalen Ordnungsdienst ausbauen.

Einzelheiten hierzu wird die AG-Sicherheit vorbereiten.

Dabei ist die Ordnungspartnerschaft von Polizei und Verwaltung ein wichtiger Schritt.

Städtische Gesellschaften

- *Stadtwerke*

Seit nunmehr über 100 Jahren versorgen die Hertener Stadtwerke unsere Bürgerinnen und Bürger mit Gas und Strom und seit 39 Jahren mit Fernwärme.

Aber unsere Stadtwerke leisten über dieses Kerngeschäft hinaus viel mehr:

- das Copa Ca Backum,
 - die Energiekonzepte,
 - die Dienstleistungen für den Konzern Stadt Herten,
 - die breite Unterstützung von Schulen, Vereinen, Verbänden
- machen deutlich, wie weitreichend unsere Stadtwerke ein Teil unserer Stadt sind.

Dass damit gleichzeitig ein städtisches Unternehmen mit rund 200 qualifizierten Arbeitsplätzen und ansehnlichen finanziellen Abführungen an die Stadt am Ort ist, komplettiert die Bedeutung der Hertener Stadtwerke.

Ich kann mich nur wundern, wie in diesen Zeiten in so manchen Städten – aus meiner Sicht leichtfertig – Teile von Stadtwerken oder komplette Stadtwerke verkauft werden.

Und es gibt auch in Herten den einen oder anderen, der mehr oder weniger laut darüber nachdenkt, zumindest Teile unserer Stadtwerke zu veräußern, um damit kurzfristig finanzielle Probleme zu beheben.

Ich kann nur davor warnen, solchen Gedanken auch nur näher zu treten.

Wer an unsere Stadt glaubt, wer auch mittel- und langfristig hier Lebensqualität erhalten will, der wird dieses „Juwel“ pflegen und bewahren, anstatt den Ausverkauf dieses für unsere Stadt so bedeutsamen Unternehmens vorzubereiten.

Unsere Stadtwerke sind ein kerngesunder Betrieb. Sie sind hervorragend aufgestellt mit hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit einer klaren Strategie für die Zukunft.

Stellen Sie sich vor, wir hätten die Stadtwerke vor 10 Jahren, zu Beginn unserer Haushaltskrise, verkauft.

Glauben Sie, dass es uns heute besser ging?

Glauben Sie, dass es noch Copa Ca Backum gäbe?

Glauben Sie, dass wir jetzt eine der besten Saunalandschaften im weiten Umkreis bauen könnten?

Im Gegenteil, wir hätten wertvolles Vermögen verschleudert und hätten die gleichen Probleme wie heute.

Die Hertener Stadtwerke müssen Hertener Stadtwerke bleiben.

Mit mir ist ein Verkauf der Hertener Stadtwerke – an welches Unternehmen auch immer – nicht zu machen.

- *PROSOZ*

Und auch die PROSOZ Unternehmen sind gut aufgestellt. Mit einer Vielzahl von Produkten, mit über 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf hochwertigen Arbeitsplätzen ist der Name „PRO-SOZ Hertener“ in weit über 1000 Städten und Kreisen in Deutschland und demnächst auch in der Schweiz und in Österreich vertreten.

Für unsere Stadt hat PROSOZ eine zunehmende Bedeutung:

- neben den schon erwähnten über 130 Arbeitsplätzen,
- neben ansehnlichen Gewinnabführungen,
- neben erheblichen Gewerbesteuerzahlungen,
- neben dem Nutzen für Hertener Geschäftsleute und Dienstleister durch hunderte von Besuchern jährlich in unserer Stadt

übernimmt PROSOZ eine Vielzahl von wichtigen Aufgaben.

Die internationalen Fototage – das kulturelle Highlight in unserer Stadt – oder die Kinderfreunde und vieles andere würde es ohne PROSOZ nicht geben.

Es ist deshalb richtig, dieses Unternehmen hier zu erhalten und auszubauen.

- *HTVG*

Unser Sorgenkind ist die HTVG.

Auf der einen Seite leistet sie wichtige Arbeit bei der Technologieförderung, bei Unternehmensansiedlungen und beim Betrieb des Zukunftszentrums, auf der anderen Seite belasten ihre Verluste den städtischen Haushalt durch die in der Vergangenheit getroffenen Investitionsentscheidungen.

Die Sanierung der HTVG, insbesondere durch die Einbindung von AquaRec ist im letzten Jahr nicht gelungen.

Das müssen wir in diesem und in den nächsten Jahren besser machen und ich bin davon überzeugt, wir werden das schaffen.

Die im Herbst letzten Jahres vorgenommenen personellen und organisatorischen Umstrukturierungen zeigen bereits heute:

Für das Jahr 2002, werden wir zumindest eine schwarze Null schreiben.

Zwei neue AquaRec-Anlagen sind bereits zu Beginn des Jahres verkauft (550.000 €), bei weiteren fünf liegen Absichtserklärungen der Partner vor.

Ich freue mich, dass dieser Umschwung zu gelingen scheint.

Alles in allem, unsere städtischen Gesellschaften sind aus dem städtischen Leben nicht wegdenken und werden auch in den kommenden Jahren

- zur Stabilisierung unserer Finanzen,
- zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes
- und insgesamt zur Stabilisierung des städtischen Lebens einen wichtigen Beitrag leisten.

Interkommunale Zusammenarbeit

Seit langem, auch schon vor den Ruhrstadt-Diskussionen, versuchen wir, durch interkommunale Zusammenarbeit, die sich ja gerade in unserer Region anbietet, zum einen unsere Angebote zu verbessern, zum anderen Konsolidierungsmöglichkeiten zu nutzen.

Dabei hat sich bisher gezeigt, dass der Wille zur Zusammenarbeit nicht bei allen Nachbarstädten so ausgeprägt ist, wie in Hertener.

Das gilt gerade auch für Städte, die diesen Willen zwar immer wieder betonen, aber dann, wenn es an die praktische Umsetzung geht, doch eher Probleme entdecken.

Es gibt positive Entwicklungen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Gelsenkirchen, bei der Nutzung des Schlauchwagens für die Feuerwehr, ist sicherlich ein solches Beispiel.

Und auch die Zusammenarbeit mit der Stadt Recklinghausen, funktioniert in verschiedensten Bereichen gut.

Das gilt

- für die Olympia-Bewerbung und für den gesamten Landschaftspark Emscherbruch,
- für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung,
- für das gemeinsame Tierheim,
- für Maßnahmen für Sprachbehinderte,
- aber auch bei der Zusammenarbeit mit unserem Zentralen Betriebshof.

Weitere Kooperationsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich Bildung und Kultur, werden zur Zeit geprüft.

Allerdings zeigen sich hier immer wieder Schwierigkeiten, gerade durch rechtliche Rahmenbedingungen.

So würde etwa der Zusammenschluss der beiden Volkshochschulen zu einer Minderung der Fördermittel von ca. 80.000 Euro führen und damit Konsolidierungserfolge wieder aufzehren.

Wir werden weiterhin offensiv die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten suchen.

Bürgerorientierung

Eines der großen Themen in der gesamten kommunalen Welt, ist in den letzten Jahren das Ziel „Bürgerkommune“.

Damit ist gemeint, Bürgerinnen und Bürger als Partner in städtische Aktivitäten einzubeziehen. Bürgerorientierung, Bürgerbeteiligung sind Stichworte.

Wir in Herten reden nicht so viel darüber, wir praktizieren die Bürgerkommune.

Wir praktizieren das insbesondere über unsere Zukunftswerkstätten, wo nahezu alle kommunal-relevanten Themen unter breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Schulen, Kirchen, Unternehmern diskutiert und entwickelt werden.

Wir machen das auch in vielen direkten Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern – weit über die formalen Regelungen hinaus.

Dabei haben wir das große Glück, eine aktive Bürgerstiftung in unserer Stadt zu wissen, die an der richtigen Stelle anpackt und jetzt mit dem Projekt „Wessels-Hof“ aber auch mit den Symposien und anderen Aktivitäten der letzten Jahre sichtbare Erfolge vorzuweisen hat.

Ich selber versuche diesem Anspruch gerecht zu werden, durch zahlreiche „Bürgermeister vor Ort – Termine“, durch Neubürgerveranstaltungen, durch unsere Ratsinformationen und eine Vielzahl darüber hinausgehender Kontakte.

Dieses bürgerschaftliche Engagement wird begleitet von vielfacher ehrenamtlicher Tätigkeit in den Bereichen

- Soziales,
- Sport,
- Kultur
- und darüber hinaus.

Dieses breite ehrenamtliche Engagement ist ein weiterer „Positiv-Posten“ in unserer Stadt.

Darauf können und darauf müssen wir in Zukunft bauen.

Überlegungen für ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept/ Verfahren

Ob uns der Strukturwandel gelingt, hängt ganz wesentlich von unseren finanziellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten ab.

Im Hinblick auf die Haushaltsjahre 2002 – 2006 – den Zeitrahmen für das Haushaltssicherungskonzept – haben wir - soweit das gesetzlich möglich und nicht genehmigungsschädlich ist – mit optimistischen Zahlen gerechnet.

Deshalb können wir Ihnen für diese Jahre (nach heutigem Stand) jeweils einen originär ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Wohl wissend, dass das Eis, auf dem wir uns da bewegen, brüchig ist und insbesondere dann nicht halten wird, wenn in den nächsten Jahren weitere Belastungen von außen auf uns zukommen.

Es bleiben die Fehlbeträge aus Vorjahren:
Ein Gesamtvolumen von 21,6 Mio Euro!

Ich will nüchtern feststellen: Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept scheint mir bis auf weiteres nicht erreichbar, wenn wir diesen Konsolidierungsberg - ca. 5 Mio Euro - im laufenden Haushalt konsolidieren müssten.

Das hätte unvermeidbare Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zur Folge und die Zukunftsentwicklung würde gestoppt.

Soll also ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept erreicht werden, müssen wir versuchen, durch unkonventionelle einmalige Maßnahmen die unseren Verwaltungshaushalt nicht belasten, die Fehlbeträge aus Vorjahren abzulösen.

Hierzu gibt es folgende Überlegungen:

- Ausweisung einer städtischen Fläche für ein Neubaugebiet
Erhoffter Erlös: 5 Mio Euro.
- Neuorganisation der Entwässerung
Erhoffter Erlös: mehrere Millionen Euro
- „Bürgeranteile“ Stadtwerke

Der Rest muss durch laufende Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden.

Ungeachtet dieser Strategie ist klar, dass konkrete Ergebnisse nicht kurzfristig (wohl kaum vor Ablauf dieses Jahres) realisierbar sind.

Deshalb müssen wir uns für das Jahr 2002 durchgängig auf Übergangswirtschaft einstellen.

Mein Ziel ist es, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept bis September zu entwickeln, das dann im Rahmen eines 2-Jahreshaushaltes für 2003 und 2004 eingebracht und noch in diesem Jahr beschlossen und mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt werden soll.

Übergangswirtschaft

Wie gesagt, wir werden es kurzfristig nicht schaffen, für das laufende Jahr ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Für das Jahr 2002 bedeutet das:

Wir werden unsere Finanzwirtschaft, unser Handeln nach den Regeln des § 81 GO ausrichten müssen. Kurzum: Wir haben ein Jahr der Übergangswirtschaft vor uns. Dabei wissen wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre, das ist nicht einfach und die Auslegung des § 81 GO ist eine schmale Gratwanderung.

Insbesondere dann, wenn man viel fragt! Oder – wie der Castroper Bürgermeister Nils Kruse (Jurist) es ausgedrückt hat: Der Umgang mit der Übergangswirtschaft wird insbesondere dann schwierig, wenn man versucht, die Sache „auf den Punkt zu bringen“!

Deshalb teile ich die Meinung des Kollegen ausdrücklich: Wir dürfen die Sache **nicht** „auf den Punkt“ bringen!

Konkret heißt das, ich werde den § 81 GO „kreativ“ auslegen bzw. verantwortungsbewusst im Interesse unserer Stadt. Hier darf nicht nach der Methode verfahren werden: Es geschehe Recht – und wenn die Stadt dabei untergeht!!

Hier erwarte ich die Solidarität des ganzen Rates.

Störfeuer in Richtung Aufsichtsbehörde schadet nicht dem Bürgermeister, sondern den Bürgern. Ich würde an jeder Stelle in Herten deutlich machen, wem wir unnötige Einschränkungen zu verdanken haben! Höchste Priorität müssen die Interessen unserer Stadt haben. Oder anders ausgedrückt: Im Jahr 2002 wird es in Herten den „Kinderferienspaß“ trotz Übergangswirtschaft geben.

Natürlich werden wir nicht vorsätzlich rechtswidrig handeln. Aber ich werde andererseits auch nicht zulassen, dass in Herten im wahrsten Sinne in diesem Jahr die Lichter ausgehen.

Es ist ja auch vieles weiterhin möglich, insbesondere Maßnahmen, die dem Strukturwandel dienen, sind nahezu ohne Einschränkungen machbar.

Das sind insbesondere

- *Schule, Kultur und Sport*
 - * Schulsanierungsprogramm
 - * Um- und Ausbau Achtenbeckschule
 - * Sprachkompetenz
 - * Bildforum/Fototage/Triennale
 - * Sportstättenkonzept

- *Wirtschaft und Arbeit*
 - * Gewerbepark Ewald
 - * Zechengelände Langenbochum
 - * Erschließung Technologiepark
 - * Wasserstoff-Kompetenzzentrum
 - * Last-Mile-Logistik-Projekt
 - * Beschäftigungsförderungsmaßnahmen

- *Stadtentwicklung*
 - * Stadt/Rathausgalerien
 - * Rahmgestaltung Herten-Süd/Hochlarmark
 - * Annastraße/Storcksmährstraße

- *Feuerwehr*
 - * Gerätehaus Westerholt
 - * Fahrzeuge

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam Wege suchen, wie wir diese Situation meistern, anstatt nach Problemen und Rechtshindernissen zu suchen, mit denen wir der Stadt und damit auch unseren Bürgern, den Vereinen, den Einrichtungen, den Verbänden und den Unternehmen Schaden zufügen.

Schlussbemerkung

Meine Damen und Herren,

am Freitag der vorletzten Woche war ich auf dem Neujahrsempfang unserer Nachbarstadt Gelsenkirchen. Drei Dinge haben mich auf dieser Veranstaltung in besonderer Weise beeindruckt.

- Beeindruckt hat mich zuerst die große Teilnehmerzahl aus der gesamten Region mit zahlreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Verbänden, Bürgerschaft. Und in diesem Zusammenhang ist mir die Geschlossenheit der Gelsenkirchener Politiker auf dieser Veranstaltung sehr positiv aufgefallen. Da gab es nicht CDU, SPD, Grün und sonstige, sondern da gab es nur Gelsenkirchener.
- Beeindruckt hat mich zum zweiten die Rede des Oberbürgermeisters Oliver Wittke, der bei allen Konsolidierungsnotwendigkeiten keinen Zweifel daran gelassen hat, dass die Stadt Gelsenkirchen insbesondere ihre „Highlights“ und ihre stadtprägenden Strukturen erhalten und

pflegen wird.

Das muss auch für uns gelten.

- unsere beiden Schlösser
- der Schlosspark
- das Alte Dorf
- das Glashaus mit der Bibliothek
- CopaCaBackum
- die Scherlebecker Ried und vieles mehr sind Highlights unserer Stadt, auf die wir stolz sein können und bei denen es keine Abstriche geben darf.

Sparen, konsolidieren ja, aber auch klare Akzente setzen, Zukunft für unsere Stadt machen, unsere identitätsstiftenden Objekte hochhalten.

- Besonders beeindruckt hat mich aber drittens der Festredner Lothar Späth. In einer brillanten und dazu noch humorvollen Rede mit Beispielen und Vergleichen, die wirklich einleuchtend die Dinge auf den Punkt brachten, hat er in einer Nichtwahlkampfrede wohl nahezu allen Anwesenden aus der Seele gesprochen.

Kern seiner Rede war die Aufforderung an alle in unserem Staat: Eigenverantwortung, Flexibilität und Mut zur Zukunft wieder zu zeigen.

„Dabei“, - so Lothar Späth -, „gibt es keine risikofreie Zukunft. Ohne Risiko leben nur die Politiker, die entweder grundsätzlich dagegen sind oder gar nichts entscheiden.“

Und was das notwendige Sparen angeht, kommentierte Späth auf seine Weise: „Bei uns ist jeder bereit, jedes Opfer zu akzeptieren, das der Nachbar für ihn bringt.“

Ich möchte diese Haushaltseinbringung 2002 auch nutzen, um mich bei allen Aktiven in unserer Stadt, bei den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, bei den Unternehmern, den Gewerkschaften, den Vereinen, Verbänden, den Kirchen, schlichtweg bei allen Akteuren und natürlich auch bei Ihnen, meine Damen und Herren herzlich für die Arbeit des letzten Jahrs zu bedanken.

Für das Jahr 2002 und für die kommenden Jahre wünsche ich unserer Stadt alles erdenklich Gute.

Und was wir hier dazu beitragen können, sollten wir tun.

Ohne Fleiß keinen Preis.

Unser Preis ist ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept.

- Und das schaffen wir nur in dem wir uns gemeinsam anstrengen.

Gehen wir an die Arbeit!

Etatrede zur Einbringung des Haushalts 2002

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einigen Jahren habe ich eine Haushaltsrede mit einem Hinweis auf den Sisyphus begonnen. Ich greife den Hinweis heute erneut auf, weil er m.E. so gut zu unserer Finanzsituation passt. Bei Sisyphus handelt es sich um eine Gestalt aus der griechischen Mythologie, die wegen ihres schlimmen Lebenswandels nach dem Willen der Götter nach dem Tod auch in der Unterwelt keine Ruhe finden sollte. Sisyphus war auf ewige Zeiten verdammt, einen Felsen den Berg hinaufzurollen. Kurz bevor er den Gipfel erreicht hatte, entglitt ihm der Fels und rollte wieder zu Tal, und die Arbeit begann wieder von vorn.

Wenn ich mir die Haushaltsberatungen der letzten Jahre vor Augen führe, so komme ich mir wie der Sisyphus vor, und ich vermute, Ihnen geht es ähnlich. Bei der Erstellung des Etat-Entwurfs zeigen sich zunächst einmal große Defizite. Diese werden im Laufe der Haushaltsberatungen durch Sparmaßnahmen mühevoll geschlossen, und man gewinnt den Eindruck, dass man ein wenig Luft holen kann. Aber beim nächsten Haushalt zeigt sich dann erneut: Die Stadt wurde durch Land oder Bund mit zusätzlichen Ausgaben befrachtet; die Einnahmen entwickelten sich nicht wie geplant. Und wir waren erneut gezwungen, zum Rotstift zu greifen.

Bei der Verabschiedung des Etats 2001 waren wir wohl alle einvernehmlich der Meinung, auf einem guten Weg zu sein. Sie hatten ein überzeugendes Haushaltssicherungskonzept verabschiedet, das dann auch von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde. Der Finanzplan wies für die Folgejahre durchgehend originäre Überschüsse aus. Die aufgelaufenen Defizite der Vorjahre sollten bis 2006 ausgeglichen sein. Für die kommenden Jahre ging es nur darum, in einem überschaubaren Umfang nachzukonsolidieren.

Zwischenzeitlich hat sich die Finanzlage der Kommunen weiter verschlechtert. Wenn ich den Begriff "dramatisch" gebrauche, so ist das hier nicht übertrieben. Täglich können Sie in der Presse nachlesen, in welcher Finanznot die Gemeinden stecken. Und so sieht dann auch unser Etat-Entwurf aus.

In dem Ihnen vorliegenden Zahlenwerk können Sie ablesen:

1. Ab 2002 bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums 2006 entstehen Defizite von insgesamt 7,4 Mio. €
2. Die Fehlbeträge aus Vorjahren, die sich auf einer Größenordnung von ca. 21,6 Mio. € belaufen, werden nicht abgebaut.
3. Zur Finanzierung des Investitionsprogramms fehlen zur Zeit noch 2,2 Mio. €. Dabei sind noch nicht alle Projekte, die zur Zeit diskutiert werden, erfasst. Ich nenne nur die Umsetzung des Sportentwicklungsplans. Hier müssen im Laufe der Haushaltsberatungen verfügbare Haushaltsmittel und Maßnahmen noch aufeinander abgestimmt werden.

Was sind die Ursachen dieser Entwicklung?

Um es ganz deutlich zu sagen. Die Verschlechterungen sind weit überwiegend auf externe Einflüsse zurückzuführen. Hier wirkt sich insbesondere der schleppende Konjunkturverlauf des Jahres 2001 aus. Für 2002 sehen die Prognosen auch nicht besser aus.

Die Orientierungsdaten des Innenministers, die der Finanzplanung des Vorjahres zugrunde gelegen hatten, waren sowohl für 2001 als auch für 2002 von einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von mehr als 2 % ausgegangen. Tatsächlich stagniert die Wirtschaft. Und das hat Folgen.

Im Einzelnen:

Das **Einkommensteueraufkommen** 2001 war infolge des Steuersenkungsgesetzes rückläufig, es

hielt sich aber in etwa im Rahmen des Erwarteten. Hier gab es für die Kommunen keine negativen Überraschungen.

Ganz anders die **Gewerbsteuer**: Hier kam es 2001 zu einem regelrechten Einbruch. Der durchschnittliche Rückgang betrug landesweit wie im Kreis Recklinghausen ca. 10 %. Herten hatte sich von diesem Trend in positivem Sinne abkoppeln können. Das Haushaltssoll wurde nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen.

Die "alten Hasen" im Rat wissen: Das schafft nur kurzzeitig Entlastung. Über eine steigende Gewerbesteuerumlage und verminderte Schlüsselzuweisungen bleibt letztlich für den Hertener Haushalt von den Mehreinnahmen nicht mehr viel übrig. Die Kommunen bilden – verbunden über den Finanzausgleich – eine Schicksalsgemeinschaft. Wer hohe Einnahmen hat, verliert Schlüsselzuweisungen – und umgekehrt. Herten trägt letztlich die Verluste der anderen mit.

Als Folge des Einbruchs bei den Gewerbesteuern im übrigen NRW wird die Stadt Herten in den nächsten Jahren insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen massive Ausfälle verkraften müssen.

Und nun zur **Gewerbsteuerumlage**. Bund und Land sind über diese Umlage am Gewerbesteueraufkommen der Städte beteiligt. Ab 2001 wurde bzw. wird die Umlage schrittweise deutlich angehoben. Der Fall hat folgenden Hintergrund: Der Bund wollte mit Wirkung ab 2001 die Abschreibungszeiträume für betrieblich genutzte Wirtschaftsgüter deutlich strecken. Die jährlichen Abschreibungen wären gesunken. Das hätte dann zu höheren Betriebsgewinnen und damit zu höheren Gewerbesteuern geführt. Über die Umlageerhöhung sollten die bei den Kommunen anfallenden Steuermehreinnahmen abgeschöpft werden.

Die Realität sah ganz anders aus:

Auf Intervention der gewerblichen Wirtschaft hat der Bund auf eine Verlängerung der Abschreibungsphasen zunächst verzichtet. Ob es jemals dazu kommt, ist fraglich. Die Umlageerhöhung wurde aber nicht zurückgenommen.

Als Jurist würde man sagen: Wegfall der Geschäftsgrundlage.

Die kommunalen Spitzenverbände laufen gegen die ungerechtfertigte Zusatzbelastung Sturm – bisher erfolglos.

Im Vergleich zu 2000 bedeutet die Erhöhung der Umlage für den Hertener Haushalt 2002 eine Zusatzbelastung von ca. 800.000 € - Tendenz steigend.

Das zum finanziellen Umfeld des diesjährigen Etats.

Und nun einige wenige Anmerkungen zum Inhalt des Planwerks:

- Die Fachbereiche haben sich bei der Mittelanmeldung sehr diszipliniert verhalten. Mehranforderungen waren durchweg, da unabweisbar, zu berücksichtigen.
- Erstmals hatte der Rat bereits im Vorfeld Vorgaben beschlossen, die in den Etat-Entwurf zu übernehmen waren. Es handelte sich dabei um
 - den Finanzrahmen für die Sozialraumbudgetierung für die nächsten 5 Jahre,
 - die Höhe der Mittel für die Sanierung der Schulgebäude,
 - die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses Westerholt,
 - die Erweiterung der Achtenbeckschule.

Hinweisen muss ich in dem Zusammenhang auf den Beschluss des Rates, abweichend vom Haushaltssicherungskonzept 2001 auf die Fortschreibung der Grundsteuer-Hebesätze entsprechend der Inflationsrate zu verzichten. Auch dem wurde in den Planzahlen Rechnung getragen. Dadurch vergrößert sich die vorläufige Deckungslücke bis 2006 um ca. 2,7 Mio. €.

Wie bereits zuvor erwähnt, errechnete sich für den Finanzplan 2002 bis 2006 ein originäres Defizit von 7,4 Mio. €.

Nach Abschluss der Arbeiten am Haushaltsbuch sind neue Tatsachen und neue Überlegungen aufgegriffen worden, die das düstere Bild, das ich Ihnen aufgezeigt habe, etwas heller erscheinen lassen. Bei einer äußerst optimistischen Bewertung erscheint es immerhin möglich, das originäre Defizit 2002 – 2006 auf 0 zurückzuschrauben.

Danach verbleibt noch der Ausgleich der Alt-Fehlbeträge in einer Größenordnung von 21,6 Mio. €

In den Jahren 1995 bis 1999 hatten sich Defizite von ca. 27 Mio. € aufsummiert. Diese konnten durch Überschüsse der Jahre 2000 und 2001 um gut 5 Mio. € verringert werden. Die Aussage steht noch unter dem Vorbehalt, dass der im Haushalt 2001 geplante originäre Überschuss auch tatsächlich erreicht wird. Obwohl das Rechnungsergebnis noch nicht vorliegt, habe ich daran keinen Zweifel. Immerhin – und das mag für alle ein kleiner Trost sein - ist die Altlast geringer geworden.

Wie wir mit dem verbleibenden Alt-Fehlbetrag umzugehen gedenken, wird der Bürgermeister in seiner Darstellung aufzeigen. Die bisherigen Überlegungen sind noch nicht so konkret, dass wir sie im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzepts darstellen können. Jedenfalls besteht hier im Hinblick auf die Ausformulierung noch Handlungsbedarf.

Den Mitarbeitern der Kämmerei möchte ich für die Erstellung des Planwerks danken. Sie haben ihre Arbeit zuverlässig wie immer erledigt. Sie haben aber auch gezeigt, dass sie mit Sonder-Situationen fertig werden können. Dafür danke ich besonders.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.